

Frau/Herr Abgeordnete/r

AbsenderIn

...  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

nachdem unser Oberbürgermeister Fritz Kuhn am 19.02.2020 den Städteappell an die Bundesregierung unterzeichnet hat, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, möchte ich an Sie als unsere/n in dieser Region gewählte/n Abgeordnete/n im Bundestag appellieren, sich den Abgeordneten des Deutschen Bundestages anzuschließen, die sich bereits für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags einsetzen und ebenfalls in diesem Sinne an die Regierung heranzutreten. Sie vertreten damit eine große Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik, die für den Abzug der noch in Deutschland lagernden Atomwaffen, für deren vollständige Abschaffung und gegen eine Neuanschaffung von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen sind.

Atomwaffen erhöhen nicht unsere Sicherheit, im Gegenteil: Solange solche Waffen existieren, besteht die Gefahr, dass sie eingesetzt werden. Gerade auch durch die geplante Modernisierung sollen die in Deutschland stationierten Atomwaffen einsatzfähig, weil intelligent und steuerbar, gemacht werden und der SACEUR des EUCOM in Stuttgart, Tod D. Wolters, unterstrich erst im März dieses Jahres die Option der USA auf den Ersteinsatz.

Die Entwicklungen in der zurückliegenden Zeit, die Aufkündigung des INF-Vertrags mit der Option, neue atomar bestückte Mittelstreckenraketen in Europa aufzustellen und damit die Vorwarnzeit auf ein Minimum zu verkürzen, die Infragestellung des New Start-Vertrags, sowie die derzeitigen massiven Rüstungsanstrengungen geben Anlass zu größter Sorge, in diesem Zusammenhang auch die geplante Neuanschaffung von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen der Bundeswehr ausgerechnet während der Corona-Krise.

Gerade diese Krise macht deutlich, dass sich die Menschen nicht in feindliche Lager auseinander dividieren lassen, sondern in internationalen Institutionen, wie den Vereinten Nationen, zusammenarbeiten sollten, um die wirklichen Bedrohungen der Menschheit, wie Pandemien, die Klimakrise, Hunger, extreme Armut und Wasserknappheit gemeinsam zu bewältigen und das dafür dringend benötigte Geld nicht in horrenden Rüstungsausgaben zu versenken.

Mit der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages kann Deutschland ein Zeichen der Vernunft setzen und den übrigen NATO-Staaten vorangehen. Griechenland und Kanada haben gezeigt, dass ein Verzicht auf die atomare Teilhabe nicht zwingend die Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft bedeutet.

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg und Deutschland und Europa lagen zerstört am Boden. Damals gelobte die deutsche Politik, dass von Deutschland nur Frieden ausgehen soll.

Bitte, erinnern Sie sich nach einem Dreiviertel Jahrhundert an dieses Versprechen. Setzen Sie Ihren politischen Einfluss genau für dieses Ziel und damit für den Atomwaffenverbotsvertrag ein.

Mit freundlichen, friedlichen Grüßen